

INSTITUTIONELLE FRIEDENSSICHERUNG /

In Bewegung: Wie viel Frieden steckt noch in der Weltordnung? /

4

115

Die Weltordnung ist in Bewegung. Machtverschiebungen, geopolitische Konflikte und Allianzbildung verbinden sich zu einer Polarisierung der Staaten in Lager, die sich wechselseitig als ordnungs- und zusehends als existenzgefährdend begreifen. Die Polarisierung erschwert die Einhegung von Konflikten durch internationale Institutionen und erhöht den Druck, sich einem der Pole zuzuordnen. Umso dringlicher ist eine Politik, die polarisierungs-dämpfend wirkt.

4.1 ↘ Polarisierung und ihre Effekte: Ordnung im Verfall?

Die geopolitischen Krisen und Konflikte der Gegenwart sind zugleich Ausdruck und Brandbeschleuniger einer Polarisierung innerhalb der Staatenwelt, die schon Ende der 1990er Jahre einsetzte. Aber erst der deutliche Machtzugewinn der Volksrepublik China und der Rückzug von Staaten des Westens aus der Verantwortung für die krisengeschüttelte internationale Ordnung haben die Differenzen zwischen den Staaten in tiefe Gräben verwandelt. Diese Entwicklung geht mit wachsendem Misstrauen und schwindender Kooperationsbereitschaft einher.

Mit Russlands Angriff auf die Ukraine schien sich schließlich eine neue, nun auch deutlich ideologisch unterfütterte Polarisierung in zwei Lager zu vollziehen. Im politischen Westen herrschte das Bild einer Gemeinschaft demokratischer Staaten vor, die von aggressiven Autokratien um Russland und China unterwandert, wenn nicht offen bekämpft wird. Auf der anderen Seite sah man sich einem politischen Westen um die USA und EU gegenüber, der anderen seine Werteordnung aufzwingen, sich aber selbst nicht daran messen lassen will. Diese Entwicklung, oft als Vorbote eines neuen Kalten Kriegs betrachtet, war aber weder in sich schlüssig noch setzt sie sich gegenwärtig fort.

Die Polarisierung führt bislang weder zu zwei stabilen Blöcken noch integriert sie die Mehrheit der Staaten. Dennoch stellt sie eine Gefährdung für den internationalen Frieden dar. Mit der Polarisierung geht eine Freund-Feind-Logik einher. Je mehr diese in der Weltordnung um sich greift, desto weniger können internationale Normen und Institutionen

Polarisierung teilt die Welt in Freunde und Feinde und lässt keinen Raum für Kompromisse

dazu beitragen, Konflikte einzuhegen. Der Sog, sich einem Lager zuzuordnen, wird stärker – bis schließlich kein Raum mehr für Kompromisse bleibt. Solche Polarisierungseffekte lassen sich bereits in zentralen multilateralen Vertragswerken und Institutionen erkennen.

4

116

Schon seit längerem ist das Freihandelsregime auf dem Rückzug: Immer weniger Staaten halten sich an dessen Kernnormen und Handelshemmisse werden immer stärker. Seit dem russischen Angriffskrieg wird Freihandel von Regierungen zunehmend als Sicherheitsproblem bewertet und zugunsten von Marktabschottungen und Formen von Handel mit befreundeten Staaten (friendshoring) zurückgefahren. Trumps neue Handelskriege befeuern diese Trends. Die Welthandelsorganisation (WTO) hat dem kaum etwas entgegenzusetzen. Seit dem Scheitern der letzten WTO-Verhandlungsrunde (Doha-Runde von 2001) gibt es wenige Fortschritte hinsichtlich des multilateralen Regelwerks. Regeln werden schwächer und Vereinbarungen außerhalb der WTO nehmen zu, etwa regionale Handelsabkommen und Freihandelszonen. Kaum mehr 40 % der WTO-Mitglieder kommen ihren Berichtspflichten zu ihren Handelspraktiken nach → 22. Dafür steigt die Zahl partikularer – vor allem bilateraler – Handelsabkommen → 23. In der Folge beginnt sich der Welthandel zu fragmentieren, er findet verstärkt innerhalb politischer Blöcke statt und nicht mehr zwischen ihnen. Geht diese Entwicklung ungebremst weiter, drohen globale Wohlstandsverluste.

Auch im Kernbereich von Frieden und Sicherheit nehmen Konflikte zu. Die Politik zieht sich aus den Institutionen zurück. Das System der Rüstungskontrolle befindet sich bis auf wenige Ausnahmen im freien Fall: In der nuklearen Rüstungskontrolle sind nahezu alle bilateralen Abkommen zwischen Russland und den USA ausgelaufen oder wurden aufgekündigt. Multilaterale Verträge wie der Nichtverbreitungsvertrag stagnieren durch die anhaltende Weigerung der Kernwaffenstaaten, ihren Abrüstungspflichten nachzukommen. Stattdessen steigen die Rüstungsausgaben, und die Modernisierung der Nuklearwaffenarsenale nimmt Fahrt auf. Die Rüstungskontrolle konventioneller Waffen ist ebenfalls gelähmt. In aktuellen Konflikten zeigen sich deutliche Absetzbewegungen. Beispiele sind der Einsatz von Antipersonen-Landminen und Streubomben in der und durch die Ukraine → 3 oder die florierenden Waffenlieferungen in den Sudan durch Unterzeichner des Waffenhandelsvertrags (ATT) → 1.

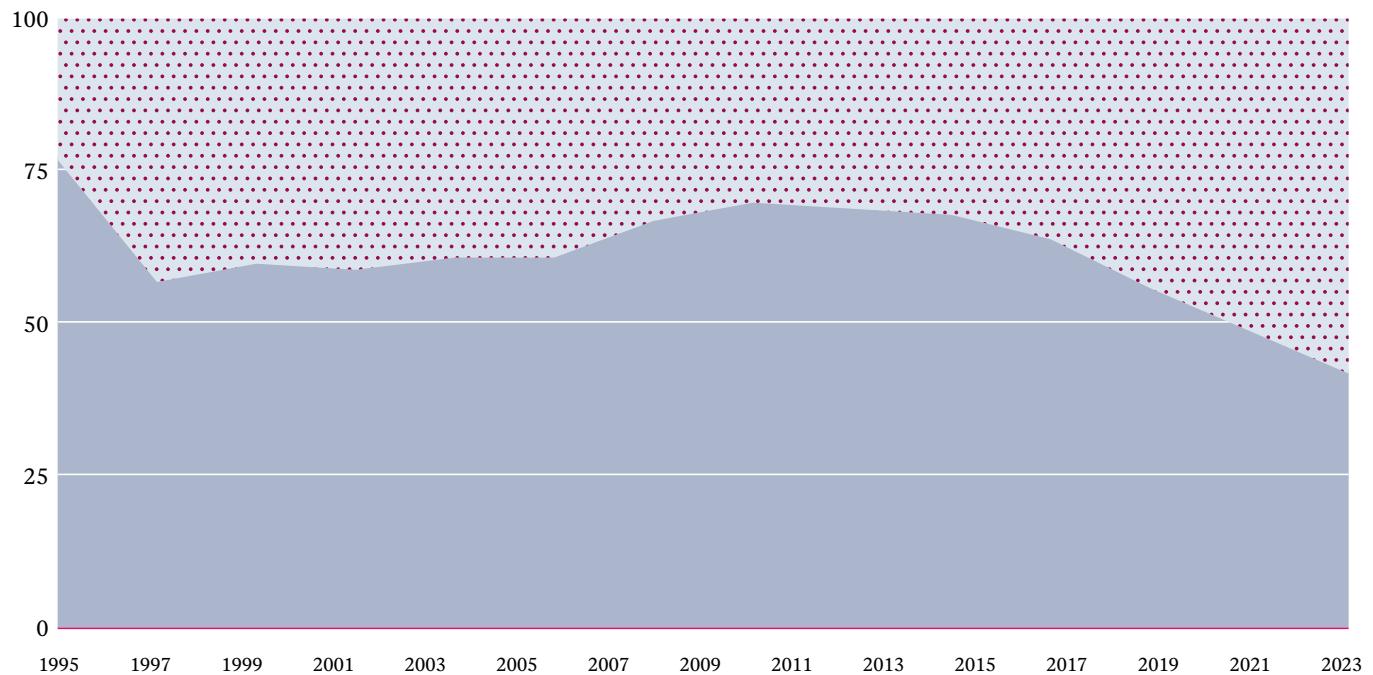
Nukleare und konventionelle Rüstungskontrolle sind gelähmt

22 Anteil der Vertragsstaaten, die ihren Berichtspflichten nachkommen

Quelle → 4/131

in Prozent

- Nicht gemeldete Mitglieder
- Gemeldete Mitglieder



4

117

23 Entwicklung regionaler Handelsabkommen (1948–2024)

Quelle → 4/131

Anzahl

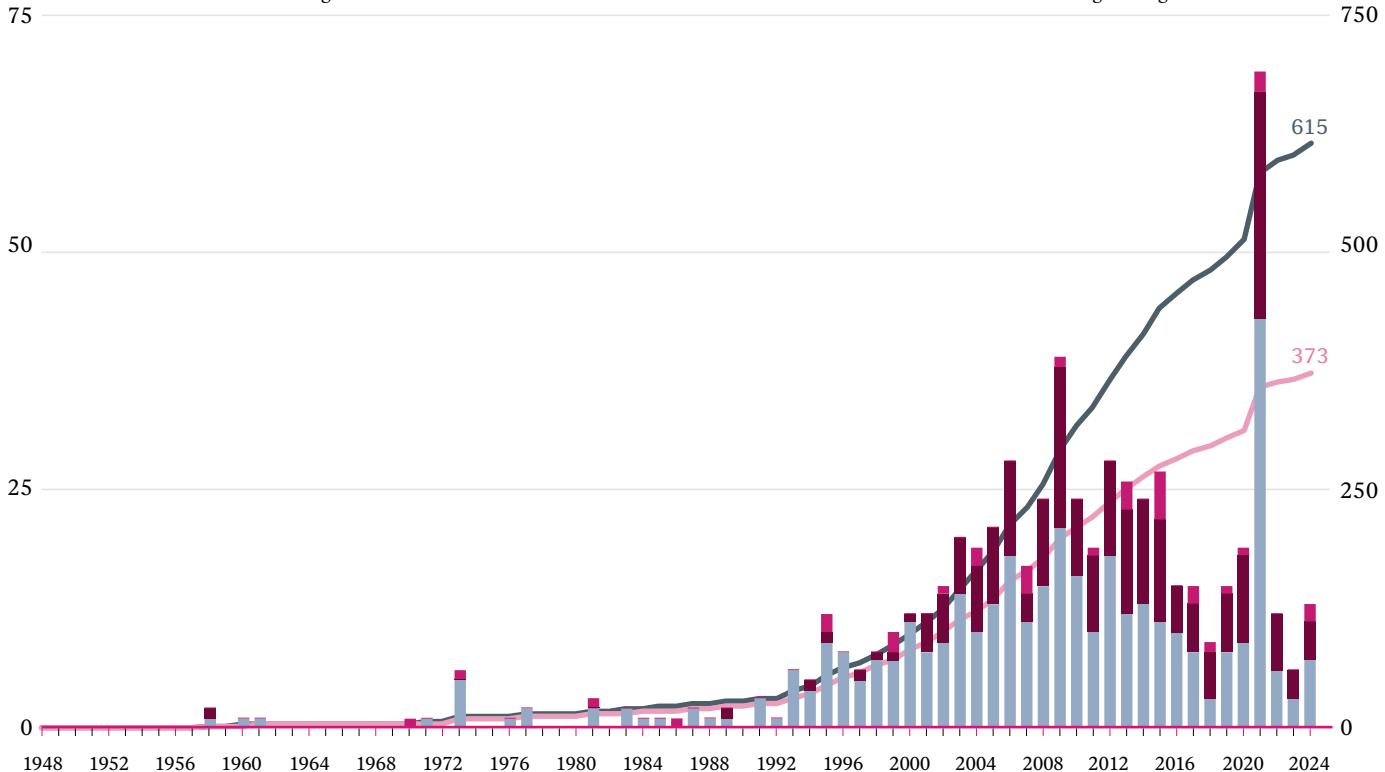
- Beitritt zu einem RHA
- Dienstleistungsmeldungen
- Warenmeldungen

Kumulative Anzahl

Kumulative Anzahl der geltenden RHA

Kumulative Meldungen der geltenden RHA

750



Das VN-System kollektiver Sicherheit ist durch das Vetorecht im VN-Sicherheitsrat seit jeher nur begrenzt funktionsfähig. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben die Lage noch verschärft. Nicht nur verhindern Vetos, dass die VN in drängende Konflikte eingreift → 2; zugleich zeigt sich eine signifikante Polarisierung in der Verwendung des Vetos zwischen Russland und China einerseits sowie den westlichen Vetomächten USA, Großbritannien und Frankreich andererseits → 24. Diese Gegensätze haben sich durch die neue Kooperation zwischen der Trump-Administration und Putins Regime im VN-Sicherheitsrat abgeschwächt, allerdings nicht zugunsten der regelbasierten Ordnung, sondern zu ihrem Nachteil.

Kernprinzipien
der globalen Ordnung
werden immer häufiger
missachtet

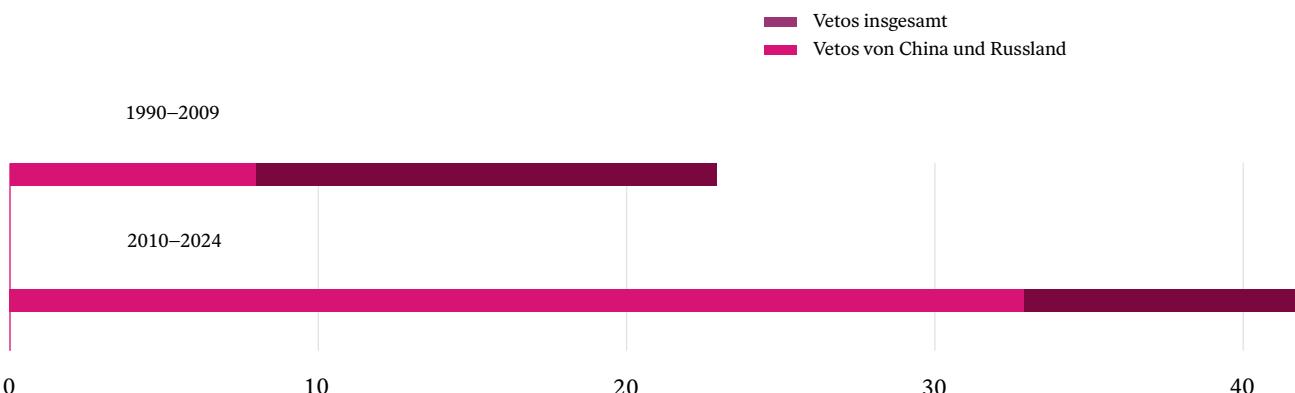
Gleichzeitig intervenieren immer mehr Staaten und Koalitionen in eine wachsende Zahl innerstaatlicher Gewaltkonflikte – und dies oftmals ohne Mandatierung durch die VN. Mit Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine und den israelischen Angriffen auf Gaza, Libanon, Iran und Syrien hat sich die Lage zugespitzt. Insbesondere der offene Rechtsbruch Russlands verdeutlicht das Ausmaß der Missachtung von Kernprinzipien der globalen Ordnung. Zwar hat eine große Mehrheit der 193 VN-Mitgliedsstaaten den Resolutionen zur Verurteilung Russlands in der Generalversammlung zugestimmt, aber jene Resolutionen, die darüber hinaus Russland für Reparationen verantwortlich machen wollten, hatten deutlich weniger Befürworter. Russlands globale Position wird trotz des andauernden Kriegs zunehmend normalisiert, etwa als selbstverständlicher Teilnehmer multilateraler Gremien. Umgekehrt sahen westliche Regierungen trotz breiter internationaler Kritik am militärischen Vorgehen Israels insbesondere in Gaza keinen Anlass, sich von weitgehend normalen Beziehungen zur Regierung Netanjahu abzuwenden.

Auch in anderen Feldern, etwa im humanitären Völkerrecht, stehen die Zeichen auf Normverfall. Urteile und Verfahren internationaler Gerichte (Internationaler Gerichtshof, IGH, Internationaler Strafgerichtshof, IStGH) – wie zuletzt insbesondere gegen Russland und Putin, Israel und Netanjahu – folgen in ihrer Interpretation einer Freund-Feind-Logik. Sie werden begrüßt, wenn sie sich gegen die eigenen Gegner:innen richten, kritisiert bis ignoriert, wenn sie Bündnispartner:innen betreffen → 2.

24 Vatos im VN-Sicherheitsrat

Quelle → 4 /131

Anzahl



Dieser nur ausschnitthafte Abriss zu Trends in den zentralen Institutionen und Regelwerken der Weltordnung verdeutlicht die Gefahr von Polarisierung. Sie schwächt die Fähigkeit internationaler Normen und Institutionen, Konflikte einzuhegen. Wie die Forschung zu Polarisierung auf innerstaatlicher Ebene zeigt, führt die wechselseitige Bedrohungswahrnehmung dazu, dass Regelverstöße der jeweils eigenen Seite als legitim erscheinen → Friedensgutachten 2023 | 5. Je schwächer die Institutionen werden, desto größer wird der Druck gerade auf kleinere Staaten, sich einem der Pole zuzuordnen.

4

119

Umso dringlicher ist eine Politik, die polarisierungsdämpfend wirkt und die Zusammenarbeit mit jenen Staaten sucht, die sich keinem der vermeintlichen Pole zuordnen.

Die Blöcke sind weder in sich geschlossen noch binden sie die Mehrheit der Staaten. Innerhalb der von China geführten Shanghai Cooperation Organisation ist man sich keineswegs einig über den Kurs in der Weltordnung. Mit der Rückkehr Trumps und dem Aufstieg autoritärer Regierungen innerhalb der EU ist auch der „Westen“ als politische Gemeinschaft infrage gestellt. Trumps Drohungen gegenüber Verbündeten und seine Zweifel an den gemeinsamen demokratischen Werten stellen die Idee eines US-geführten westlichen Blocks offen zur Disposition. Der scheidende Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, resümierte in seiner Abschiedsrede am 16. Februar 2025: „We have to fear that our common value base is not that common anymore“.

Ein US-geführter „Westen“ steht zur Disposition

Die Polarisierung hat die Weltordnung in Bewegung gesetzt, aber die Richtung, die sie nehmen wird, ist offen. Das gilt insbesondere für die BRICS-Gruppe – zunächst bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika –, die oftmals als antiwestliches Bündnis gilt, tatsächlich aber nicht eindeutig zugeordnet werden kann und unterschiedliche Vorstellungen aus den Weltregionen bündelt. Dort finden sich Anknüpfungspunkte und -partner für eine polarisierungsdämpfende Politik, welche die Bundesregierung und die EU nutzen sollten.